

STAT

Approved For Release 2006/03/03 : CIA-RDP83-00415R003000010004-2

FORM NO. 51-61A
DV 1948

CLASSIFICATION FREE

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY STAT REPORT

INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 16 May 1949

SUBJECT Summaries of German Press and Radio Reports

NO. OF PAGES

PLACE
ACQUIRED

STAT

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)DATE OF INFO
ACQUIRED

STAT

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE
OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50
U. S. C. 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION
OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PRO-
HIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOW-
EVER, INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED
AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH
USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

STAT

The attached summaries of German press and radio reports are being

STAT

sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

STAT

RETURN TO CIA LIBRARY

CLASSIFICATION FREE

STATE	NAVY	NSRB		DISTRIBUTION							
ARMY	AIR	ORE	X								

Approved For Release 2006/03/03 : CIA-RDP83-00415R003000010004-2

FREE

STAT

No. 118

Auszüge aus Presseberichten

Westdeutscher Betrieb illiquid. Die neuenährungsmaßnahmen in den letzten Monaten haben die meisten Unternehmen der Westsektoren von Betriebsmitteln entblößt. Die dadurch bedingte Illiquidität wurde im März das Umtauschverhältnis von 1 : 1 für eine Zweiwochen-Lohnsumme brüchig. Im April soll dies durch mit 6 % verzinlichen Solawechseln geschehen, die indessen von einem großen Teil der Berliner Wirtschaft abgelehnt werden. Man befürchtet ein weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit, die Ende März 90 000 betrug. Das Schicksal der westdeutschen Wirtschaft hängt weitgehend davon ab, wie sie ihre Erzeugnisse in Westdeutschland absetzen kann. Das wirtschaftliche Leben Westdeutschlands wird nur durch eine weitere Verschuldung gegenüber dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet aufrechtzuerhalten sein. Für den Ostsektor ist die DM zur "Devisen" geworden. Ende März bekam man für 1 Westmark 4,50 Ostmark, was sich wie ein "Valuta-Dumping" gegen die Ostmark auswirkt. Die deutsche Wirtschaftskommission versucht, die gesteigerte Warenlieferung in die Westsektoren B-Mark abzuwickeln. Südatl. Ztg. vom 20. April 1949

Arbeitsplatzwechsel. In einer staatlich gelenkten Planwirtschaft werden auch Arbeitskräfte "verplant" werden. Die für die ostdeutsche Produktions- und Verteilungspläne verantwortlichen Stellen haben sich das Recht vorbehalten, den Bedarf von Arbeitskräften jeweils durch die Mittel der Werbung oder der Zwangseinweisung, der Umgruppierung oder der Veranordnung von Nachrücken zu decken. Besonders groß war die Wanderung von Arbeitskräften in den ersten Jahren nach dem Krieg. Aber noch heute wird über die Fluktuation der Arbeitskräfte diskutiert. Besonders unter den 800 000 seit 1945 berufenen "Neueinsteigern" ist die Wanderungsbewegung stark, vielfach infolge des Bestrebens, in den alten Beruf eines Arbeiters wieder zurückzukehren. Auch die Beschäftigten scheinen die ihnen zugewiesenen Arbeitsplätze nicht zu behalten zu wollen, soweit es sich nicht um die alten Stammbetriebe der großen Betriebe handelt. Aus einer jetzt vom Landesarbeitsamt Thüringen für das zweite Quartal 1949 veröffentlichten Statistik geht hervor, daß von rund einer Million Unselbstständig-Beschäftigten 500 000 Personen ihren Arbeitsplatz gewechselt haben. Gründe hierfür waren: 52 500 Entlassungen in gegenseitigem Einverständnis von Arbeitgeber und Beschäftigten, 11 800 Entlassungen wegen Betriebsseinschränkungen, 7 900 Weggang aus gesundheitlichen Gründen, 3 900 Abzug durch Entlassungen, 3 900 fristlose Entlassungen und 2 500 Entlassungen wegen mangelnder Eignung. Das Landesarbeitsamt Thüringen kommt zu dem Ergebnis, daß von mehr als 50 000 gewissermaßen freiwilligen Entlassungen nur etwa 30 % gerechtfertigt gewesen seien, während für 70 % Fälle mit Aufklärung und Erziehung der Arbeitsplatzwechsel, die in diesen Fällen "weder volkswirtschaftlich noch arbeitsanfallend notwendig" sei, hätte vermieden werden können. Die Arbeitsämter sollen "von ihrem Widerspruchsrecht ungeduldet Gebrauch machen". Im laufenden Jahr scheint die Fluktuation der Arbeitskräfte abzunehmen zu haben, da viele Betriebe, auch "volkseigene", sich an Betriebsseinschränkungen und Stilllegungen entschließen mußten, um mit dem Mangel an Rohstoffen und den Wirkungen der Blockade zu umgehen. Man wird freilich annehmen können, daß in dem Maße, in welchem Arbeitsplätze frei werden, Zwangsverpflichtungen ausgesprochen werden, sei es für Bergwerke oder für Befehlshabern und Entrümmerungsarbeiten. Wirtschafts-Ztg. vom 20. April 1949

Manöver. Nach Berichten aus der Ostzone hielten Einheiten der baltischen, brandenburgischen und sächsischen Wasserschutzpolizei vom Karfreitag bis zum Ostersonntag Landmanöver auf dem Kummerowsee in Mecklenburg ab, bei denen auch der Brückenbau und die Errichtung von Pontonbrücken geübt wurde. Die sowjetische Kommandantur in Ostpreußen stellte das erforderliche Pioniermaterial zur Verfügung. Der Übungsgelände wurde in weitem Umkreis abgesperrt. Der militärische Charakter dieser Landmanöver kam darin zum Ausdruck, daß die Übungen als feldmarschmäßiger Ausrüstung angehalten wurde. Allgem. Ztg. vom 20. April 1949

REGISTRY COPY

FREE

STAT

FRE 2

No. 120

Auszüge aus Presseberichten

=====

Apotheken in der Ostzone. Den selbständigen Apothekern hat man bisher nicht den Vorzug einer eigenen Berufsvertretung gewährt; sie haben also auch nicht zu den Vorschlägen über eine Sozialisierung oder Neuordnung der Betriebsrechte und Privilegien Stellung nehmen können. Zugleich hat die Tatsache, daß die Apotheker sich noch einer gewissen Abhängigkeit erfreuten, zur Kritik Anlaß gegeben. Grund genug, um nun die Enteignung der Apotheken zu fordern, zumal die 1 418 Apotheken der Zone nach einem Überschlag einen jährlichen Überschuß von 17 Millionen Mark eröringen sollen. - Bereits seit 1945 sind verschiedene Entwürfe zur Reform des Apothekenwesens ausgearbeitet worden. In Sachsen verpachtet nun der Staat die Apotheken gegen eine Pachtzahlung von 5 % des Umsatzes, und in Thüringen wird nach der Apothekenbetriebsordnung vom 10. April 1946 das persönliche, also das unveräußerliche und unvererbliche Recht zum Betrieb einer Apotheke vom Innenministerium vergeben, wobei Warenlager und Betriebseinrichtung käuflich erworben werden müssen. Nach diesen Zwischenregelungen will nun die Hauptverwaltung Gesundheitswesen der DWK die Bereinigung des Konzessionswesens zu Ende führen. Danach sollen die privilegierten Apotheken, also Apotheken mit Real- und Personalkonzession, in die öffentliche Hand überführt werden, die Rechte nicht mehr vererblich oder käuflich sein, die Anrechte auf das Grundstück und die Konkurrenzklausele aufgehoben werden sowie Witwen, Waisen und sonstige Erben verst. Apothekenbesitzer ihre Ansprüche verlieren.

Wirtschafts-Ztg. vom 16. April 1949

Untergrundbewegung im Osten. Laut eines Berichts im "Berliner Morgenpost" ist gut organisierter Widerstand in den baltischen Ländern, in Polen, der Ukraine, Bulgarien und Rumänien gegen Stalin und das Sowjet-Regime ständig im Steigen. Trotz schärfster Kontrollmaßnahmen gingen antikommunistischen Organisationen bereits zu aktivem Widerstand vor, legten sowjetische Verbindungsstellen lahm und ließen überall stilles Propagandamaterial einsickern. Dazu käme die Wirkung des Geheimseiner sowie die "Flüsterpropaganda" der aus den Besatzungsgebieten heimkehrenden sowjetischen Soldaten und Offiziere. In mehreren Orten Bulgariens soll es bereits zu Unruhen gekommen sein. In der Tschechoslowakei sollen mehrere Geheimseiner stehen. In den litauischen Wäldern soll das Hauptquartier einer baltischen Widerstandsbewegung befinden. Versuche der Sowjet-Armee, diese Zentrale auszuheben, scheitern, weil der größte Teil der Bevölkerung die Partisanen unterstützt. Einen sehr erfolgreichen Kampf führt die ukrainische Widerstandsbewegung. Querverbindungen der einzelnen Widerstandsbewegungen gehen aus der Ukraine nach Weißruthenien, nach dem Kaukasus und Turkestan. Neue Verbindungen werden angeknüpft zu den antikommunistischen Kräften in Polen, der Tschechei usw. Selbst in der Ostzone sollen Kurier aus Lemberg, Kiew und Prag erscheinen. Hier sind vor allem die ehemaligen Kommunisten, der "Spartakusbund", die internationalen Sozialisten u.a. an der Arbeit, um enge Verbindungen zum Aufbau einer einheitlichen und kampftüchtigen Widerstandsorganisation zu schaffen.

SAZ vom 20. April 1949

Erstes Uran-Verhüttungswerk in Sachsen. Die sowjetische Uranbergbau-Gesellschaft in Sachsen, "Wismut AG", hat in Siegmarschönau unter der Firma "Dwigatelj" ein Uran-Verhüttungswerk eröffnet.

Die Welt vom 20. April 1949

Mit Beschluß des Sekretariats der DWK sind in ihren Industrie-Hauptverwaltungen besondere Dienststellen zur Festsetzung von Arbeitsnormen zu schaffen und die bereits bestehenden zu verstärken. Arbeitsnormen-Kommissionen für technische Arbeitsnormen sollen als beratende Organe in den einzelnen Industriezweigen herangezogen werden; sie müssen aus geeigneten Fachleuten und Vertretern der Industriegewerkschaft und des Reichsausschusses der Kammer der Technik bestehen. Beim Sekretariat der DWK (Industrie) wird ein Arbeitsausschuß für technische Arbeitsnormen (TAN) gebildet. Zu seinen Aufgaben gehören insbes.: die Begutachtung und Festsetzung von Vorschriften, Kommentaren und Anweisungen für das Arbeitsnormenwesen, ferner die verbindliche Beurteilung der fachlichen Lehrmittel und der Fachliteratur auf diesem Gebiet.

Wirtschaftsrevue vom 22. April 1949

FREE

No. 121

Auszüge aus Presseberichten

Deutsche Union. Die Deutsche Union in Bayern umfaßt zur Zeit 30 Kreisgruppen, von denen 15 ihre Lizenzierung bei der Mil. Reg. beantragt haben, erklärte Dr. ECKART, der vorläufige Landesvorsitzende der "Deutschen Union" in Bayern. Der große Zustrom parteiloser Personen zur DU beweise eindeutig die Notwendigkeit dieser neugegründeten Bewegung, die seit dem Februar 1949 erstaunlich schnell in allen Ländern der Westzone Fuß gefaßt habe. Es entspreche nicht den Tatsachen, daß sich nationalistische Kräfte bemühten, die Oberhand zu gewinnen. Ebensowenig habe der stellvertr. Landesvorsitzende der DU und Mitglied des Gesamtvorstandes der DU, August HAUSSLEITER, die Absicht, sich von der aktiven Mitarbeit zurückzuziehen.

Süddt. Ztg. vom 23. April 1949

Deutsche Kabelwerke. Die durch Kriegsschäden stark in Mitleidenschaft gezogenen volkseigenen Deutschen Kabelwerke in Berlin haben die Produktionskapazität des ihnen verbliebenen Gummiwerkes mittlerweile auf 50 % der Vorkriegsleistung gebracht. Angefertigt werden Artikel für die Kranken- und Säuglingspflege, Isolierbänder und verschiedene technische Gummiartikel. Trotz aller Schwierigkeiten konnten die Umsätze gesteigert werden. Im verg. Jahr wurde erstmalig ein Gewinn erzielt. In Kürze wird mit der Herstellung medizinischer Pflasterstoffe und technischer Klebemittel begonnen.

Neues Deutschld. vom 29. März 1949

Walzwerk Kirchmöser. Seit Anfang März wird in Kirchmöser bei Brandenburg am Aufbau eines neuen Walzwerkes mit zwei von der SU zur Verfügung gestellten wertvollen Straßen für Blech- und Feineisen gearbeitet. Am Beginn des zweiten Halbjahrs soll das Werk bereits produzieren, um den Engpaß an Walzerzeugnissen, vor allem beim Maschinenbau, überbrücken zu helfen. Zur Zeit sind die Arbeitskräfte mit dem Ausschachten für die Fundamente beschäftigt. Immer wieder werden aber die Arbeiten noch gehemmt durch zu langsame und ungenügende Bereitstellung von Waggonen zum An- und Abtransport der Materialien und Erdmassen. Die Reichsbahn muß in Anbetracht der Wichtigkeit eines schnellen Aufbaus auch außerplanmäßig die ausreichende Anzahl von Waggonen liefern.

Tgl. Rundschau vom 8. April 1949

Interzonentreffen der Jugendverbände. Während Mitglieder von Jugendorganisationen Westdeutschlands und der Ostzone wollen am 23. u. 24. April in Braunschweig zu Besprechungen zusammentreten und für die Einheit Deutschlands sowie gegen die Absage des in Braunschweig geplanten Treffens von westdeutschen Politikern mit Vertretern des Volksrates demonstrieren. Einladungen sind an 10 Mitglieder der FDJ und 25 Vertreter verschiedener westdeutscher Jugendorganisationen ergangen. Der "Bund junger Deutscher" und die "Junge Union" lehnen jede Gemeinschaft mit der FDJ ab. Der "Bund junger Deutscher" vermutet in der Einladung zu dem Interzonen-Jugendtreffen einen "plumpen Trick" der Deutschen Union.

Süddt. Ztg. vom 23. April 1949

HO. Das Grundkapital der öffentlich-rechtlichen Handelsorganisation HO, die die Freien Läden und Freien Gaststätten in der Ostzone betreibt, wurde auf Beschluß des Sekretariats der DNK von 50 Mill. auf 100 Mill. DM erhöht. Die neuen Mittel werden ausschließlich von der DNK aufgebracht, deren Anteil sich damit von 30 auf 80 Mill. DM erhöht. Die Minderanteile bleiben mit je 4 Mill. DM unverändert.

Wirtschaftsrev. v. 22. April 1949

Unzufriedenheit poln. Arbeiter. Presse der poln. Arbeiterpartei gibt zu, daß unter den im ehemaligen deutschen Industriegebiet Schlesien angesiedelten poln. Arbeitern eine wachsende Unzufriedenheit festzustellen sei. Vor allem herrsche in Kreisen der Mitglieder der Sozialistische Partei kaum verhohlene Zurückhaltung gegenüber der Politik der poln. Kommunisten. Es wird über schlechte Arbeitsdisziplin geklagt. Parteifunktionäre werden beschuldigt, ihre Untergebenen in einer Art und Weise zu behandeln, die "eines Mitgliedes der KP unwürdig" sei. Schlechter Besuch der Parteiversammlungen, Produktionssenkung in versch. Betrieben, Krankmeldungen von Arbeitern usw. Mit herben Worten wird Abhilfe dieser Zustände verlangt.

Die Neue Ztg. vom 23. April 1949

STAT

FREE

No. 81

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 20. April 1949

Braunschweig: In Braunschweig findet in der Zeit vom 20. bis 23. Mai eine Tagung der Neuen Union statt. Auf der Tagung sollen Probleme der Jugendarbeit in ganz Deutschland erörtert werden. Zahlreiche Teilnehmer sollen ihr Erscheinen nur unter der Bedingung zugesagt haben, daß auch Jugendvertreter der Ostzone an der Zusammenkunft teilnehmen. Eine Einladung an den FDJ mit der Bitte, 10 Vertreter zu entsenden, soll bereits abgegangen sein.

Paris: Heute ist der Weltfriedenskongreß von Joliot Curie eröffnet worden. Er bedauerte, daß die französische Regierung beschlossen habe, nur wenige Einreiseerlaubnisse zu erteilen. Diese Entscheidung liege nicht im Sinne des französischen Volkes. In seinen weiteren Ausführungen wandte er sich gegen den Atlantikpakt, die amerikanische Wirtschaftspolitik in Westeuropa und das Bestreben der USA, die Ausgangsprodukte für die Atomenergie unter ihrer Kontrolle zu behalten. Die "Freunde des Friedens" wollten den Krieg in der Zukunft unmöglich machen. - Gleichzeitig mit dem Pariser Weltfriedenskongreß ist in Prag ein Parallelkongreß eröffnet worden, an dem die Delegierten jener Länder teilnehmen, denen die französische Regierung die Teilnahme in Paris verweigert hat. Die Hauptreden werden aufgenommen und von Paris nach Prag und umgekehrt übermittelt. -

In den Ländern der Ostzone werden anläßlich des Pariser Weltfriedenskongresses Kundgebungen durchgeführt. Sämtliche Betriebe schließen heute um 15 Uhr, um an der Großkundgebung auf dem Karl Marx-Platz in Leipzig teilzunehmen. In Dresden findet am kommenden Freitag eine Kundgebung statt.

Erfurt: Die in der Ostzone verkündete Steuerreform bringt wesentliche finanzielle Erleichterungen für die Bevölkerung. Wie aus dem Haushaltsplan Thüringens hervorgeht, wurde das Soll um rund 25 % herabgesetzt. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen sind im Vergleich zum vergangenen Jahr verdoppelt worden.

Sender Leipzig vom 21. April 1949

Leipzig: Auf den Bergen des Harzes und entlang der Zonengrenzen wurden in dieser Nacht anläßlich der Weltfriedenskongresse in Paris und Prag Friedensfeuer angezündet und Kundgebungen abgehalten, welche die Bevölkerung der Westzonen darauf aufmerksam machten, daß der Kampf für die Erhaltung des Friedens ein gemeinsamer Kampf sein muß. Heute mittag werden die Werktätigen in den großen Betrieben ihre Solidarität und ihren Willen zum Frieden in einer zweiminütigen Arbeitspause zum Ausdruck bringen.

Moskau: Es sei die Pflicht aller ehrlichen Wissenschaftler, ihren Kreis vollständig in den Dienst des Friedens zu stellen, erklärte der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Moskau in einer Grußbotschaft an den Weltfriedenskongreß. Die russischen Wissenschaftler würden ihre ganzen Kräfte und Erfahrungen nur zur Herstellung des Wohlstandes des ganzen Volkes anwenden.

Berlin: Über ihre Eindrücke in der SU berichteten Erich HONECKER und Paul VERNER in einer Pressekonferenz. Die beiden Delegierten unterstrichen den herzlichen Empfang, der ihnen durch Vertreter der Sowjetjugend zuteil geworden war. Sie äußerten, daß die sowjetische Jugend mit allen Kräften für den Aufbau ihres Landes arbeite und daß das deutsche Volk, besonders die deutsche Jugend, aufrichtige Freunde in der SU besitzen.

Berlin: Für die Delegiertenwahl zum dritten deutschen Volkskongreß werden die Wählerlisten zur Einsichtnahme in der Zeit vom 2. - 12. Juni ausgelegt. Der Abstimmung werden die Gemeindevahllisten zugrunde gelegt. Jugendliche ab 18 Jahren sind zur Wahl zugelassen.

Leipzig: Rund 100 000 Jugendliche aus ganz Deutschland werden am 3. Juni im Parlament der FDJ, das vom 2. - 6. Juni stattfindet, zusammenkommen. Für Pfingsten ist eine Jugendkundgebung vorgesehen, auf der neben einem Sportfest ein Wettbewerb der Laienspielgruppen durchgeführt werden soll.

FREE

FREE

No. 83

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 22. April 1949

Frankfurt a.O.: Weitere 1 066 Heimkehrer trafen heute im Lager Gronenfelde ein. Außerdem kam ein Transport von 60 schweren Raupenschleppern aus der SU an. Für jede Zugmaschine wurden zwei Kisten mit Ersatzteilen mitgeliefert. Die Schlepper wurden sofort nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg weitergeleitet. Bisher sind 680 von den angekündigten 1000 Maschinen geliefert worden, die sofort für die Bestellungsarbeiten eingesetzt wurden.

Dresden: Das für dieses Jahr aufgestellte Wohnungsbauprogramm ist auf die einzelnen Länder wie folgt verteilt. Neubauernwohnungen entfallen auf: Sachsen-Anhalt 1 685, Sachsen 1 085, Thüringen 470, Mecklenburg 1200 und Brandenburg 560. Rund 1 000 Neubauernwohnungen werden durch volkseigene Betriebe finanziert. - Die vollständige Enttrümmerung Berlins wird noch volle 10 Jahre in Anspruch nehmen. 46 Mill. cbm. Trümmer liegen noch im Stadtgebiet, davon 18 Mill. cbm. im Ostsektor. Für die Beseitigung rechnet man einen Betrag von 1,6 Milliarden DM. - Die Enttrümmerung in den Westsektoren gerät ins Stocken, da die Finanzlage des Magistrats eine Fortsetzung der Arbeit in dem bis jetzt durchgeführten Umfang nicht gestattet.

Kommentar von Heinz Zöger:

Vor einigen Wochen beorderten die westlichen Mil. Gouverneure die Vertreter des Bonner Parlamentarischen Rates nach Frankfurt. In einem Memorandum lenkten sie die Aufmerksamkeit auf die Richtlinien der Londoner Empfehlungen. Während ADENAUER sofort für die verständnisvolle Unterstützung der deutschen Wünsche dankte, brauchte die SPD etwas längere Zeit, um darauf zu reagieren. Sie hatte ihren Grund. Die Führer dürfen sich zwar rühmen, daß sie mit zu den Urhebern des Besatzungsstatuts gehören, aber die Herren von der SPD können sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß diese Politik immer unpopulärer wird. Man entschloß sich daher zu der Äußerung, das Memorandum nicht annehmen zu können. Die Führer versuchten vielmehr, sich vor der deutschen und Weltöffentlichkeit als nationale Tugendbolde aufzuspielen. Es wurden Sitzungen und Konferenzen einberufen und zwischendurch gab man Hinweise auf kommende sensationelle Veröffentlichungen. Ein neuer Grundgesetzentwurf wurde ausgearbeitet und vorgelegt. Selbstverständlich nahm Dr. Schumacher selbst die Gelegenheit wahr, um sich aufzuspielen. So erklärte er, die SPD sei zwar zur Zusammenarbeit mit allen Parteien und auch mit den Alliierten bereit, sie sei aber keine Partei der Unterwerfung. Für die Schaffung der künftigen deutschen Verfassung müsse einzig und allein der deutsche Gestaltungswille entscheidend sein. Auf die Frage, wie sich die Sozialdemokraten verhalten würden, wenn das Bonner Grundgesetz gegen ihre Stimmen angenommen würde, antwortete Schumacher, das schließe nicht aus, daß sich die SPD an der zukünftigen westdeutschen Regierung beteiligen werde. "Nur nicht weinen, Bonn bricht nicht zusammen". Alles dies ist nichts anderes als ein parteipolitisches Manöver, um im Hinblick auf kommende Wahlen durch das zögernde Verhalten bei der Bevölkerung Sympathien zu erwerben. Doch das Spiel ist zu durchsichtig. Man glaubt vielmehr, daß die SPD hier nicht aus eigener Initiative, sondern im ausländischen Interesse handelt. Echt war zwar die Ablehnung Schumachers zum Schreiben der KPD, doch die Proteste gegen die Diktate der Westmächte sind nichts anderes als Heucheleien im fremden Auftrag.

Sender Leipzig vom 25. April 1949

Berlin: 20 bekannte Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens der Ostzone haben eine dreiwöchige Reise nach Moskau angetreten. Sie werden u.a. an den großen Feierlichkeiten auf dem Roten Platz am 1. Mai teilnehmen. Der Einladung folgten die Ministerpräsidenten Seydewitz, Höcker und Hübener, sowie Professor Stroux, Adolf Hennecke, Bertel, Ackermann, Gesner vom Berliner Rundfunk, Lex Ende u.a.

Leipzig: Otto BROTEWOHL sprach heute vor dem Lehrkörper und den Studenten über das Besatzungsstatut und den Verfassungsentwurf. Er zeigte die Zusammenhänge auf, die zur Spaltung Deutschlands führten und erklärte: Die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates zeigen, daß nicht nur die Einheit, sondern auch die Demokratie preisgegeben werde.

No. 119

Auszüge aus Presseberichten

Lagebericht aus Chemnitz. Die Lebensmittelversorgung in Chemnitz ist zurzeit katastrophal. Von 6 Uhr abends bis zum Mittag des folgenden Tages stehen täglich Tausende von Chemnitzern Schlange auf dem Marktplatz, um im Freiverkauf abgegebene Kartoffeln zu erwerben. Die Kosten 24 Pfennig pro Pfund, aber jedem Einzelkäufer werden nur 10 Pfund abgegeben. - Jeden Monat verfallen Lebensmittelkartenabschnitte, die wegen nicht vorhandener Waren unbeliefert bleiben. Eine Nachlieferung kommt nicht in Frage. An Fleisch kommen monatlich höchstens 100 Gramm pro Kopf zur Verteilung. An Stelle von Fleisch und Fett erhält die Bevölkerung kleine, kaum verwertbare Fische und weißen Käse. - Die Minusgesellschaft fährt zum Schwarzeinkauf von Gemüse und Kartoffeln in die polnischen Börde oder nach Mecklenburg. Viele versetzen dabei ihre letzten Wertgegenstände und verkaufen Möbel und Hausrat, um sich von Zeit zu Zeit einmal in dem einzigen "freien Lokal" der Stadt satt zu essen. Die Sterblichkeitsfälle steigen; sie sind größtenteils auf Unterernährung und Entkräftung zurückzuführen. Die Ärzte dürfen dies aber nicht als Todesursache angeben. - Die Gegenblockade ist sehr spürbar. Immer stärkerem Maße wächst die Arbeitslosigkeit. Viele Fabriken stillen wegen Rohstoffmangels nur noch an drei Tagen in der Woche. Selbst die volkseigenen Werke haben Entlassungen vorgenommen. - In der Stadt Chemnitz ist die Zahl der Arbeitslosen bereits auf über 10 000 gestiegen. Im Bezirk Chemnitz wird die Zahl der Arbeitslosen und verdinglichten auf etwa 80 000 geschätzt. Besonders betroffen ist die Textilindustrie. Aber sogar die Strumpfindustrie, die bisher bevorzugt mit Rohstoffen beliefert wurde, mußte in letzter Zeit Betriebsabschlüssen vornehmen.

Die Welt vom 20. April 1949

Kurzfristige Kredite. Um die Produktion zu steigern und den Wirtschaftsschlag vom Produzenten zum Konsumenten zu beschleunigen, hat die nationale Wirtschaftskommission eine Anordnung über kurzfristige Kredite vom 26. Jan. 1949 erlassen. Danach sind kurzfristige Kredite engstens mit den Produktionsverfahren und den einzelnen Stufen des Handelsumsatzes zu verknüpfen. Kurzfristige Kredite sollen betriebskreditähnlich sein, also für die Anschaffung von Roh- und Hilfsstoffen und für fertigen Erzeugnissen, für Vorräte an Fertigwaren und Ernteerzeugnissen, für rollende Waren und andere Zwecke der Produktion und des Warenverkehrs dienen. Die Kredithöhe soll festgestellt werden unter Berücksichtigung des Anteils an eigenen Mitteln des Kreditnehmers, die in den Bilanzwerten und anderen sachlichen Werten, gegen die die Bank Kredite gewährt, enthalten ist. Die Kreditfristen haben den normalen Herstell- und Umlaufzeiten der Waren, für die Kredit gewährt wird, zu entsprechen. Diese Fristen sollen möglichst an Hand der vorgelegten Handels- oder Absatzpläne festgestellt werden. Werden die Kreditfristen überschritten, so sind außer den festgesetzten Zinsen noch Verzugszinsen in Höhe von 1 v. H. jährlich zu berechnen. Die Kreditinstitute sind zu einer laufenden Kontrolle der Verwendung der Kredite verpflichtet, die Kreditnehmer haben dem Kreditinstitut ihre Bilanzen und alle sonst notwendigen Belege einzureichen. Als Kreditsicherheiten kommen in erster Linie in Betracht Sicherungsübereignung oder Verpfändung von Erzeugnissen, Roh- und Hilfsstoffen sowie Abtretung von Forderungen über verkaufte Waren. Als nachträgliche Sicherung können auch Hypotheken, Grundschulden, übereignete Maschinen oder Einrichtungen sowie Mitgliedschaften der DMK, der Landesregierungen und anderer Organisationen und Personen dienen.

Wirtschafts-Ztg. vom 23. April 1949

Sächsische Industrie. Eine Unterstützung der Betriebe bei der Verbesserung der Betriebstechnik forderte Min. Dir. ZILLER auf einer Arbeitstagung der Hauptabt. Industrie der Landesregierung Sachsen. Dabei verlangte er eine bessere Zusammenarbeit der Kreisverwaltungen mit den Betrieben. Die Kreise sollten vor allem der Lösung des Transportproblems ihre Aufmerksamkeit zuwenden und auch dafür sorgen, daß spätestens Mitte April sämtliche Betriebe ihre Produktionsaufträge für das erste Quartal erhalten haben. - Die mit dem Inkrafttreten des Zweijahresplanes verbundenen Anlaufschwierigkeiten sind nach Angaben von Ziller überwunden worden. Man hofft, daß das gegenüber dem letzten Quartal 1948 wertmäßig um 32 % erhöhte Produktionsziel für das 1. Quartal 1949 in allen Industriezweigen erfüllt wird.

Neues Deutschland vom 29. März 1949

FKE E

No. 1

Pressberichte aus den Westzonen

Wiederaufnahme des Warenverkehrs mit der Ostzone. Die kommunistische Fraktion des Wirtschaftsrates hat den Antrag, sofort normale Handelsbeziehungen zwischen der Ostzone und der Ostzone einzuleiten. Nach dem kommunistischen Antrag soll die Verwaltung für Wirtschaftsverzüglich mit den zuständigen Vertretern der DMK Verhandlungen aufnehmen. Zur Wiederaufnahme des Warenverkehrs mit der Ostzone soll die osteuropäischen Staaten soll bei Zweimächte-Kontrollamt eine Genehmigung eingeholt werden, um den dringenden Bedürfnis der zentralen und landwirtschaftlichen Waren sowie an Arzneimitteln nachzugehen. Den westdeutschen Käufern der Leipziger Messe soll die Möglichkeit verschafft werden, ihre Waren nach dem Westen zu transportieren.

Die Welt vom 23. April 1949

Bonn. Die gestrigen Verhandlungen in Bonn haben zu einem positiven Ergebnis geführt, so daß bei der Zusammenkunft mit der Delegation des Parl. Rates mit den Militärregierungen ein einheitlicher Standpunkt vertreten werden wird. Das bezieht sich vor allem auf die deutschen Vorschläge über die Stellung des Bundesrates und seine Befugnisse bei der Gesetzgebung sowie auf die Verteilung und Verwaltung der Steuern.

Allgem. Ztg. vom 25. April 1949

Frankfurter Messe. Nach amtlichen Mitteilungen der Messeleitung wurde die Frühjahrmesse 1949 von rund 255 000 Interessenten, darunter 4 000 Ausländern besucht. Der Umsatz stellte sich auf 1,1 Mill. DM, wobei allerdings nicht die Abschlüsse festgestellt werden konnten, die die Messebesucher mit ihren Kunden in Frankfurt und der näheren Umgebung tätigten. Auf der Textilmesse und den verwandten Gebieten, die Spielwaren, sowie bei chemischen- und pharmazeutischen Produkten betrug das Ergebnis 51,4 Millionen DM. Die Exportabschlüsse erreichten ein Gesamtergebnis von über 8 Mill. DM, während die Einfuhrverträge sich auf rund 45 Mill. DM beziffern.

Allgem. Ztg. vom 25. April 1949

Wiedergutmachungsgesetz für die britische Zone. Der Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes für die britische Zone ist von der britischen Militärregierung den deutschen Justizbehörden zur Stellungnahme übermittelt worden. Der Entwurf soll sich stark an das Wiedergutmachungsgesetz der amerikanischen Zone leihen. Für Fälle, in denen der Verkäufer einen normalen Preis für das in Frage stehende Objekt bekommen hat, sind im Entwurf jedoch gewisse Erleichterungen gegenüber dem Gesetz der US-Mil.Reg. vorgesehen.

Süddt. Ztg. vom 23. April 1949

Helmstedter Revier. Die Förderung der Braunschweiger Kohlenwerke Helmstedt erreichte im März als Folge der seit der Währungsreform möglich gewordenen Erneuerung der technischen Anlagen auf allen Gebieten einen neuen Höchststand. Erfolgreich erhöht war im März auch die Raumbewegung. Infolge dieser Entwicklung liegen die Gesamtzahlen des ersten Vierteljahres 1949 beträchtlich über denen des gleichen Vierteljahres 1948. Sie betrugen bei Kohlen 1,73 (1,40) Mill. t, bei Braunkohle 302 430 (218 170) t, bei Gas 125 850 (75 530) t und bei Koks 23827 (217,72) Mill. KWH.

Die Hüttenwerke Ruhrort-Weidenrich weisen für März eine Erzeugung von 83 400 t aus. Das ist rund 1,12 ihrer Jahresproduktion von 1,1 Mill. t. In der Nachkriegszeit ist zum ersten Male eine derartige Spitzenleistung von einem Hüttenwerk erreicht worden. Es besteht jedoch nur wenig Aussicht, diesen Fertigungsstand im April aufrechtzuerhalten, da die Brennstoffversorgung der Hüttenwerke recht schleppend geworden ist. Aus diesem Grunde mußten bereits bei einzelnen Werken Kalzinstroßen aus dem Produktionsvorgang herausgelassen werden, um die Fertigung einigermaßen fließend zu erhalten.

Wirtschaftsrevue vom 22. April 1949

EFA. Die Europäische Freie Arbeitsbewegung (EFA) hat ihre Lizenz als politische Partei - vorerst für den Stadt- und Landkreis Heidelberg - erhalten.

SAZ vom 25. April 1949

FREE

No. 122

Auszüge aus Presseberichten

Dreijahresplan in der SU. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der SU und der Ministerrat haben einen "Dreijahresplan" zur "Entwicklung der Viehzucht, zur Erhöhung der Erzeugung und zur Sicherstellung der Versorgungsbedürfnisse an Fleisch, Butter und Milchprodukten" beschlossen. Ergänzend wird mitgeteilt, daß "der Viehbestand der SU und seine Erträge den Bedürfnissen der Volkswirtschaft nicht genügen, daß viele Kolchosen einen ungenügenden Viehbestand haben, und daß der Mindestviehbestand der Staatsgüter zu niedrig angesetzt ist und daher die Aufzucht hemmt."

Allgem. Ztg. vom 23. April 1949

Siedlungspolitik in Ostpreußen. Kürzlich berichtete eine sowjetische Zeitschrift in einem ausführlichen Artikel über die Neubesiedlung Ostpreußens, daß Siedler aus allen Gebieten der SU nach Kaliningrad und seiner Umgebung gebracht worden seien. Die Stadt, die im Krieg nahezu vollkommen zerstört worden sei, werde schnell wieder aufgebaut. Im Verlauf des Jahres 1948 seien insgesamt 8 000 Häuser neu errichtet worden. In nächster Zeit solle eine zwei Kilometer lange Prachtstraße, der "Stalingrad-Boulevard", angelegt werden. Große Neubauten, Parks, Theater und Hotels sollen diese Straße einsäumen. Es wird vorgeschlagen, einen Teil der Königsberger Altstadt mit einer hohen Mauer zu umgeben. Diese Ruinenstadt könne die UdSSR ab und zu Leuten zeigen, die "nach der Weltherrschaft streben". Im Distrikt Kaliningrad wurden außerdem 454 Kollektivgüter und 54 staatliche Musterfarmen eingerichtet.

Süddt. Ztg. vom 20. April 1949

Dresden. Der Hauptbahnhof ist durchaus betriebsfähig, doch der Verkehr ist auf ein Minimum reduziert. Die Altstadt ist überhaupt wie ausgestorben. Das Leben und Treiben wickelt sich jetzt in Dresden-Neustadt ab. Der Albertplatz - jetzt "Platz der Einheit" - ist zum Knotenpunkt des Verkehrs geworden. Auf dem Neustädter Bahnhof spielt sich sogar etwas wie großstädtischer Betrieb ab. Im Vorort Klotzsche ist eine ansehnliche Garnison sowjetischer Truppen. Überall findet man Spruchbänder und Transparente, die den Zweijahresplan usw. preisen. Bild und Leben der Stadt werden durch eine gewisse Uniformität gekennzeichnet; eine soziale Stufung ist kaum auszumachen, bis auf die herrschende Schicht natürlich, die jedoch nur sporadisch in Erscheinung tritt. Dieselbe Armseligkeit weisen auch die Geschäftsauslagen auf. Nicht anders ist es mit den Zeitungsständen. Das meistgelesene Blatt ist die "Sächsische Zeitung", das Organ der SED. Die beiden anderen in Dresden erscheinenden Tageszeitungen, die "Union" (CDU) und das "Sächsische Tageblatt" (LDP) sind im freien Handel nicht erhältlich. Auch die Buchhandlungen haben ihre Last zu tragen: es sind die Zwangszuteilungen an politischer und sonstiger "linientreuer" Literatur, die sie nicht los werden können. - Im schönsten Villenviertel der Stadt wohnen die Offiziere, Zivilbeamten und leitenden Angestellten der SAG's mit ihren Familien. Irgeendein geselliger Verkehr zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerung besteht nicht. Bretterverschläge stellen die Grenzscheide zwischen zwei Welten dar. In nächster Nähe liegen die Privatwohnungen der Minister und hohen Parteifunktionäre. Die Straße, die dem Verkehr entzogen und durch Polizeiwachen von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen "Auf dem Weisenberg" heißt, führt im Volksmund die Bezeichnung "Obersalzberg". - Der bekannte Kurort Bad Weißer Hirsch ist heute russisches Hospital. Schloß Albrechtsberg ist vom sowjetischen Inturist-Konzern erworben und zu einem Hotel-Restaurant umgestaltet worden. Hier herrscht ausgesprochener Luxus, der freilich zu einem etwas merkwürdigen Gegensatz zu den in der Ostzone herrschenden Daseinsbedingungen steht.

Rheinischer Merkur vom 16. April 1949

Ost-West-Jugendtreffen. 30 Jugendvertreter der drei Westzonen und der Ostzone Deutschlands gründeten am Wochenende in Braunschweig die "Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland". Das Ziel der Aktionsgemeinschaft ist es, die Verbindung zwischen den Zonen wieder aufzunehmen, eine Vermittlerbasis zwischen Bonn und Berlin zu finden und den Besatzungsmächten Vorschläge zu dem gesamtdeutschen Problem zu unterbreiten. Auf dem Treffen sprach Prof. Ulrich NOACK vom "Nauheimer Kreis". Die Presse war nicht zugelassen.

Süddt. Ztg. vom 26. April 1949

STAT

FREE

No. 1

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 25. April 1949

Die KPD Westdeutschlands sandte eine Solidaritätsadresse nach Paris, inhalts dessen sie sich in Westdeutschland um den Zusammenschluß aller friedliebenden Menschen bemühen werde.

Dr. SCHARNAGEL hat in New York über die Situation in Westdeutschland gesprochen. Er erklärte, man solle sich von den ausgestellten Waren kein falsches Bild über Deutschland machen. Sie wären eigens nur für den Export bestimmt, um Dollars hereinzubringen. Im Gegenteil, in Deutschland gebe es immer noch Armut und Elend. Deshalb appelliere er an die USA, sie sollten Westdeutschland immer noch unterstützen. Der Parlamentarische Rat des Süddeutschen Länderrates in Stuttgart hat einstimmig den Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gebilligt. Nach der neuen Vorlage werden auch die Verschleppten in den Kreis der Entschädigungsberechtigten einbezogen. So sind Wiedergutmachungsleistungen für nachgewiesene KZ-Haft, gesundheitliche Schädigungen und die Versorgung der Hinterbliebenen vorgesehen. Vermögensverluste können jedoch nicht berücksichtigt werden. Der Staatskommissar für politisch Verfolgte in Bayern, Generalstaatsanwalt Dr. AUERBACH, hat den Parlamentarischen Rat, die Gesetzesvorlage sofort zu befürworten, da die politisch und rassistisch Verfolgten seit mehr als 4 Jahren auf eine Wiedergutmachung warten. Das Gesetz selbst bezeichnete er als ein Gesetz der Bescheidenheit und Zurückhaltung.

Bei der Zusammenkunft der Delegation des Parlamentarischen Rates mit den drei Militärgouverneuren wurde völlige Einigung in allen strittigen Punkten erzielt. Nach der Konferenz erklärte Dr. ADENAUER: Der Weg für eine westdeutsche Regierung ist frei. Der Parlamentarische Rat wird in Kürze mit großer Mehrheit das Grundgesetz annehmen. Auch die Parteien hätten ihre Meinungsverschiedenheiten beiseitegelegt, für eine Verständigung mußte jeder Teil Opfer bringen. - Bis zum 15. Mai soll das Gesetz verabschiedet werden. Kurz danach werden Wahlen abgehalten. Die Fraktionen des Parl. Rates haben einen Burenfrieden geschlossen. Die Parteien betonen, sie wollten in loyaler Zusammenarbeit die ihnen gestellte deutsche Schicksalsaufgabe zum Besten des Volkes zu einem guten Ende führen.

Sender Stuttgart vom 26. April 1949

Heute gab TASS eine Erklärung über den Meinungsaustausch in der Berliner Frage ab. Danach soll Malik vor einigen Tagen erklärt haben, wenn eine Zusammenkunft der vier Außenminister vereinbart werde, dann könnten die gegenseitigen Verkehrs- und Handelsbeschränkungen aufgehoben werden. Das amerik. Außenministerium erklärte, hierzu noch keine Stellungnahme geben zu können.

Oberbürgermeister REUTER meinte, es sei möglich, daß die Blockade aufgehoben werden könne. Er wisse zwar nichts Genaues, aber wenn man die Lage vor einem Jahr mit der heutigen vergleiche, dann könne man den kommenden Ereignissen mit sicherem Gefühl entgegensetzen.

Oberbürgermeister REUTER bezeichnete die Einigung in Frankfurt als einen großen Erfolg des Westens und als eine Niederlage des Ostens. Der Wunsch, Berlin einzubeziehen, sei zwar nicht erfüllt worden, doch werde diese Lösung auch große Bedeutung haben. SUHR gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch Berlin bald im Bund vertreten sein möge. SCHWENNIGKE erklärte, die Einigung in Frankfurt sei ein Beweis dafür, daß sich auf allen Seiten der gute Wille durchgesetzt habe.

Die Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit hat alle ehemaligen Kriegsgefangenen aufgerufen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzudecken, die an ehemaligen deutschen Soldaten in Rußland begangen worden sind. Die Kampfgruppe forderte die Rußlandheimkehrer auf, darüber Berichte einzusenden und Aussagen zu machen.

Zum 1. Mai hat der kommunistische FDGB alle Werktätigen aufgefordert, für die politische und wirtschaftliche Einheit zu demonstrieren. Bei den Umzügen sollen die sogenannten Aktivisten an der Spitze marschieren. Die SU wird als die größte Friedensmacht der Erde bezeichnet. An den Maifeiern in Moskau werden die deutschen Ministerpräsidenten der Ostzone teilnehmen. Sie sind bereits in Moskau eingetroffen.

FREE

No. 2

Presseberichte aus den Westzonen

=====

Bonn. Die Konferenz der Delegation des Parlamentarischen Rates mit den drei Militärgouverneuren hat zu einem positiven Ergebnis geführt. Dr. ADENAUER erklärte unmittelbar nach Abschluß der Konferenz, daß der baldigen Verabschiedung des Grundgesetzes durch eine große Mehrheit des Parlamentarischen Rates nichts mehr im Wege stehe. - Im Mittelpunkt der Besprechungen standen die Probleme der Finanzgesetzgebung und der Zuständigkeiten des Bundesrates. Der deutsche Vorschlag, wichtige Steuern einschließlich der Umsatzsteuer in ihren Erträgen und ihrer Bedeutung dem Bund zu überlassen, hat Zustimmung gefunden. Ebenso wurde der deutsche Vorschlag, Einkommen- und Körperschaftssteuern bei den Ländern zu belassen, gebilligt, die Verwaltung wäre insoweit dem Bund zu übertragen, als er selbst keine von diesen Steuern in Anspruch nimmt. - Die deutschen Vorschläge hinsichtlich der künftigen Stellung des Bundesrates, dessen unerläßliche Zustimmung zum Bundesgesetz nur noch in wenigen Fällen vorgesehen ist, wurde ebenfalls angenommen.

Allgem. Ztg. vom 26. April 1949

Export. Die Wareneinfuhr erreichte im März mit einem Gesamtwert von 309 Mill. DM gegenüber 277 Mill. DM im Februar ihren bisher höchsten Nachkriegsstand. Während sich bei der Ausfuhr eine Zunahme von 11,8 v. H. gegenüber dem Vormonat ergab, ist bei der Wareneinfuhr eine Abnahme um 5,4 v. H. zu verzeichnen.

Der Gesamtwert der Einfuhr betrug im März 446 Mill. DM gegenüber 476 Mill. DM im Februar.

Die Welt vom 23. April 1949

Flüchtlingsindustrie. Die Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie in Kaufbeuren, die praktisch vor dem Zusammenbruch steht, wird sich in der nächsten Zeit auf die Produktion von Gebrauchsgütern umstellen. Das Exportgeschäft der Gablonzer Industrie liegt fast völlig darnieder. Von 6000 Arbeitern sind bereits 4000 arbeitslos geworden. Durch die Umstellung und die Neugründung von Produktionsstätten für Gebrauchsgüter sollen vor allem 1 000 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. In Kaufbeuren ist die Errichtung eines Zweigwerkes einer Füllbleistiftfabrik geplant, deren Erzeugung von monatlich 10 000 Stück "Kohinor"-Drehbleistiften bereits für ein Jahr verkauft ist. Weiter sollen eine Kammgarnfabrik errichtet werden, sowie Werkstätten für modische Strickwaren.

Wirtschaftsrevue vom 22. April 1949

Krise in der Fleischversorgung. Nach Ansicht von Fachkreisen im Ernährungsministerium von Rheinland-Pfalz ist in Kürze mit einem Zusammenbruch der Fleischversorgung zu rechnen, wenn der eingerissene "gesetzlose Zustand" noch weiter bestehen bleibt. In Rheinland-Pfalz halte sich fast kein Metzger und kein Landwirt mehr an die Preisbestimmungen. Fleisch könne überall, nur nicht mehr zu den amtlich festgesetzten Preisen gekauft werden. Das gehe so weit, daß selbst das für die Rationen freigegebene Fleisch "schwarz" zu Überpreisen abgesetzt werde. Einer Freigabe des Schweinefleischpreises stehe man durchaus positiv gegenüber, nicht aber einer Freigabe des Verkaufs, weil dadurch die Verteilung problematisch gemacht würde. Bei einer korrekten Ablieferung sei es ohne weiteres möglich, jedem Verbraucher eine monatliche Fleischmenge bis zu 800 g zu garantieren.

Allgem. Ztg. v. 26. April 1949

Hedwigsbund. Am 15. April d.J. fand in Nottuln, Krs. Münster (Westf.), die Gründungsversammlung des "Hedwigsbundes zur Förderung der christlichen Flüchtlingsjugend" statt, der es sich zur Aufgabe macht, die kulturellen Belange der christlichen Flüchtlingsjugend beider Konfessionen zu fördern und einen Mittelpunkt zur Pflege ostdeutscher Kultur zu schaffen. Diese Arbeit soll möglichst weite Kreise der Flüchtlingsjugend erfassen. Dem Bund gehören Ostvertriebene und Einheimische an.

SAZ vom 26. April 1949

FREE

No. 84

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 25. April 1949

Walle: In sämtlichen Betrieben werden zur Zeit umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um den 1. Mai würdig zu begehen. Werktätige, die während des Wettbewerbsmonats April besondere Leistungen erzielen, sollen am 1. Mai mit Prämien ausgezeichnet werden.

Frankfurt a.O.: Ein neuer Transport mit 1 567 ehemaligen Kriegsgefangenen traf heute im Heimkehrerlager Gronsfelde ein. Die Heimkehrer werden bereits morgen in ihre Wohnorte entlassen. Ein Heimkehrer berichtete, daß er pro Schicht 100 Rubel verdiente, für die er sich zusätzlich Lebensmittel usw. kaufen konnte. Alle Heimkehrer äußerten übereinstimmend, daß Unterkunft und Verpflegung zufriedenstellend waren. Teilweise haben sie als Facharbeiter die gleichen Löhne erhalten wie die Russen.

Berlin: "Jeder Friedensfreund ein Friedenskämpfer". Unter diesem Motto richtete der FDGB einen Aufruf an alle Werktätigen. "Nur ein gerechter und dauerhafter Friede gibt die Möglichkeit, die Früchte der Arbeit zu genießen. Wir wollen eine bessere Welt schaffen. Wir wollen den Volkswirtschaftsplan 1949 rasch erfüllen. Wir wollen ein wirklich demokratisches Deutschland, dazu brauchen wir den Frieden. Die SU ist die größte Friedensmacht der Erde. Der Weltfriedenskongreß hat den Kriegshetzern gezeigt, wie stark die Friedenskämpfer sind. Demonstrieren wir für den Völkerfrieden und die Völkerverständigung. Mit uns sind alle demokratischen Kräfte Deutschlands. Wer seine Heimat liebt, kämpft mit uns gegen die Versklavung, gegen Ruhr- und Besatzungsstatut. Alle demonstrieren für die wirtschaftliche und politische Einheit unseres Vaterlandes. usw.

Düsseldorf: Dena berichtet über ein ständiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet. Danach gibt es z.B. in Solingen 1 200 Arbeitslose und 1 440 Kurzarbeiter. Besonders hart sei die Metallverarbeitende Industrie betroffen. Gegenüber 1936 bestände in Solingen nur für 1/3 der Werktätigen Beschäftigungsmöglichkeit. Es müsse in Kürze mit weiteren Entlassungen gerechnet werden. Als Hauptgründe werden Absatzschwierigkeiten infolge Geldmangels, ungenügender Export und Demontage angegeben.

Paris: Auf dem Weltfriedenskongreß wurde heute ein Manifest über die Bildung eines internationalen Volksrates herausgegeben. - Einen Höhepunkt bildete die Rede Simonows. Seine Rede war der geballte Ausdruck der Meinungen aller, die zum Kongreß entsandt worden waren. "Wir betreten nicht um Frieden; wir fordern ihn einfach. Wir wollen ihn, weil wir wissen, was für Leid ein Krieg mit sich bringt." Simonow schloß mit den Worten: Mögen die Kriegshetzer nicht vergessen, daß wir stark genug sind, wir, die Partisanen des Friedens, stark genug, um ihnen das Rückgrat zu brechen.

Auszüge aus dem Kommentar von Peter Klemm:

Heute begann die letzte Woche des Wettbewerbsmonats April. Bis zum 1. Mai haben alle volkseigenen Betriebe ein gutes Teil mehr erreicht als vorgesehen war. Am 1. Mai werden den 13 besten volkseigenen Betrieben der wichtigsten Wirtschaftszweige Fahnen verliehen, die von der DDK und dem FDGB gestiftet worden sind. An diesem Tage werden nicht nur 5 000 Aktivisten besonders gefeiert und ausgezeichnet, sondern auch in den Betrieben werden die meistleistenden Aktivisten herausgestellt und prämiert. Es kommt nun immer wieder vor, daß die große Bedeutung der Aktivistenbewegung nicht voll erkannt wird. Aktivist wird man nicht ehrenhalber. Diesen Titel kann man nur durch Arbeit erwerben. Obwohl schon viel darüber gesagt worden ist, erscheint es dennoch nötig, die Frage: Wer ist eigentlich Aktivist, noch einmal zu beantworten. Aktivist ist, wer mitdenkt bei der Arbeit und sich bemüht, eine ständige Verbesserung der Produktion herbeizuführen. In jeder Maschine ist noch eine stille Reserve ungenutzt. Wer nun dazu beiträgt, die Kraftreserven in den Menschen und Maschinen noch miteinzusetzen, ist ein Aktivist. Das Ziel der besten Aktivisten ist, nicht nur die Kraftreserven zu mobilisieren, sondern auch die alten Arbeitsmethoden zu verbessern. Diese Aktivisten sind die Hennecke-Aktivisten. Es ist klar, daß besondere Verdienste auch eine besondere Anerkennung verdienen. Diese Anerkennung soll den besten unter den besten am 1. Mai ausgesprochen werden. Es ist daher nötig, daß sich die Betriebsfunktionäre sehr ernsthaft die Frage überlegen, wer ein Aktivist ist, denn Anerkennung und Prämien sind kein Geschenk, sondern sie sind ein erarbeitetes Recht.